



Ihr gutes Recht

Rechtsanwälte und Kanzleien stellen sich vor

Kündigung während Krankheit oder Urlaub

Das Bundesarbeitsgericht hat sich in einer aktuellen Entscheidung mit den rechtlichen Konsequenzen einer vom Arbeitgeber während eines Urlaubs des Arbeitnehmers ausgesprochenen Kündigung befasst.

Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Arbeitnehmer machte in der Zeit vom 12.06. bis zum 27.06. Urlaub im Ausland. Nach Rückkehr am 27.06. fand der Arbeitnehmer im Briefkasten eine von seinem Arbeitgeber erklärte Kündigung vom 25.06. vor. Der Arbeitgeber betrieb sich darauf, der Arbeitnehmer habe ihn betrogen. Durch seinen Rechtsanwalt erhob der Arbeitnehmer am 17.07. - also drei Wochen und einen Tag nach dem 25.06. - Klage gegen die Kündigung vom 25.06. Im Prozess machte der Arbeitgeber des Klägers geltend, die vom Arbeitnehmer eingereichte Kündigungsschutzklage sei in der Sache selbst gar nicht zu prüfen. Es komme also gar nicht darauf an, ob ein Betrag tatsächlich vorliege, denn die Klage sei bereits verfristet eingereicht worden. Die dreiwöchige Frist für die Erhebung der Kündigungsschutzklage sei zum Zeitpunkt der Einreichung der Klageschrift beim Arbeitsgericht bereits abgelaufen gewesen. Das Bundesarbeitsgericht hat sich in seiner Entscheidung zunächst nicht mit einem Wort mit der Frage befasst, ob ein Arbeitgeber gegenüber seinem Arbeitnehmer während dessen Urlaubs überhaupt eine Kündigung aussprechen kann. Dies ist rechtlich eine Selbstverständlichkeit. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum in der landlufigen Meinung, dass man während des Urlaubs oder während einer Krankheit „nicht gekündigt

werden“ kann. Die Erklärung einer Kündigung ist auch während eines Urlaubs oder einer Erkrankung des Arbeitnehmers zulässig. Formale Hinderungsgründe gibt es nicht. In Arbeitsgerichtsprozessen geht es vielmehr regelmäßig allein um die Frage, ob die Kündigung der Sache nach begründet ist oder nicht. In Verfahren, in denen es um eine Erkrankung eines Arbeitnehmers geht, ist also zu prüfen, ob eine Erkrankung als solche Grund für eine Kündigung des Arbeitnehmers sein kann. In der aktuellen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts aber ging es maigblich um die Frage, wann dem Arbeitnehmer die Kündigung im rechtlichen Sinne zugegangen war und ob er die für die Einreichung einer Kündigungsschutzklage zu beachtende Frist gewahrt hatte. Gemäß § 4 des Kündigungsschutzgesetzes muss ein Arbeitnehmer innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Klage beim Arbeitsgericht erheben, wenn er die Rechtsunwirksamkeit der Kündigung geltend machen möchte. Er muss Klage auf Feststellung erheben, dass



RA Dr. Herbert Lohmann
Fachanwalt für Arbeitsrecht

das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist. Für den vom Bundesarbeitsgericht zu entscheidenden Fall kam es damit auf die Frage an, ob von einem Zugang der Kündigung bereits am 25.06. auszugehen war oder ob ein Zugang erst nach Rückkehr des Klägers aus dem Urlaub am 27.06. erfolgt war. Bei der ersten Alternative (Zugang bereits am 25.06.) war zum Zeitpunkt der Klageeinreichung die Dreiwochenfrist für die Kündigungsschutzklage bereits abgelaufen. Nach der Rechtsprechung ist ein Schreiben dem Empfänger dann zugegangen, wenn es in verkehrsbuhlicher Weise in die tatsächliche Verfügungsgewalt des Empfängers gelangt ist und für diesen unter gewöhnlichen Verhältnissen die Möglichkeit besteht, von dem Schreiben Kenntnis zu nehmen. Zum Bereich des Empfängers gehören insbesondere auch die von ihm vorgehaltenen Empfangseinrichtungen, wie z. B. ein Briefkasten. Der Einwurf eines Schreibens in einen Briefkasten stellt dann den Zugang dar, wenn nach der Verkehrsanschauung mit der nächsten Entnahme zurechnen ist. Hierbei - so das Bundesarbeitsgericht - sei aber nicht auf die individuellen Verhältnisse des Empfängers abzustellen, sondern im Interesse der Rechtssicherheit sei zu generalisieren. Bei Hausbriefkasten sei daher mit einer Leerung im Allgemeinen zum Ende der üblichen Postzustellzeiten zu rechnen. Damit, so die Richter ausdrücklich, sei es völlig gleichgültig, ob und wann der Empfänger die Erklärung tatsächlich zur Kenntnis genommen hat und ob er daran durch Krankheit, zeitweilige Abwesenheit oder andere besondere Umstände

einige Zeit gehindert war. In solchen Fällen habe der Empfänger die Obliegenheit, die nötigen Vorkehrungen für eine tatsächliche Kenntnisnahme zu treffen. Wenn er dies unterlasse, werde ein Zugang durch solche - allein in seiner Person liegende - Gründe nicht ausgeschlossen. Auch wenn der Arbeitgeber vom Urlaub des Arbeitnehmers wisse, ändere sich an diesem Ergebnis nichts. Der Urlaub habe auch in einem solchen Fall keine einen Zugang hemmende Wirkung. In dem zu entscheidenden Fall wurde Beweis darüber erhoben, zu welcher Uhrzeit das Kündigungsschreiben am 25.06.2009 in den Briefkasten des Arbeitnehmers eingeworfen worden war. Im Ergebnis sahen die Gerichte einen Einwurf bis 14:00 Uhr als erwiesen an. Eine solche Uhrzeit reichte dem BAG, um damit noch einen Zugang als am selben Tag erfolgt anzusehen. Die Deutsche Post AG hatte mitgeteilt, dass Zustellungen von ihr regelmäßig bis gegen 14:00 Uhr an einem Werktag erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse damit ein Empfänger damit rechnen, dass er Schreiben erhalte. Mit einem späteren Zugang müsse ein Empfänger nicht rechnen. Daran ändere auch eine „Liberalisierung“ der Briefzustellung auch durch private Dienste nichts. Mit der vorliegenden Begründung hat das Bundesar-

beitsgericht die Einreichung einer fristgerechten Kündigungsschutzklage verneint. Das Gericht hat auch den vorsorglich vom Arbeitnehmer gestellten Antrag zurückgewiesen, seine Kündigungsschutzklage nachträglich zuzulassen. Eine solche nachträgliche Zulassung hat zur Voraussetzung, dass der Arbeitnehmer nach erfolgter Kündigung trotz Anwendung aller ihm nach Lage der Umstände zuzumutenden Sorgfalt verhindert war, die Klage rechtzeitig beim Arbeitsgericht zu erheben. Das Gericht hat solche Umstände hier als nicht gegeben erachtet.

Der Arbeitnehmer hat seinen Kündigungsschutzprozess also allein mit der Begründung verloren, dass er die Kündigungsschutzklage nicht fristgerecht eingereicht hat.

Fazit: Auch während des Urlaubs oder einer Krankheit können Kündigungen wirksam zugestellt werden. Ein jeder Arbeitnehmer sollte also in solchen Fällen Vorkehrungen dafür treffen, dass er durch Verwandte, Freunde oder Nachbarn über seine Eingangspost unterrichtet wird.

K a h l e r t
P a d b e r g

Rechtsanwälte | Fachanwälte | Notare